

♂ steht für die männliche und weibliche Form des vorangehenden Begriffs

Eckart Thurich

Bundestagswahl 2005

Lösungen und Zusatzinformationen

Liebe Frau Kollegin, lieber Herr Kollege,

das Ihnen vorliegende Schülerarbeitsblatt zur Bundestagswahl hat zwei Schwerpunkte.

■ **Seite A** ■ ist wissensorientiert. Ihre Schüler♂ sollen Sachinformationen zur Bundestagswahl aufnehmen bzw. bei sich reaktivieren.

■ **Seite B** ■ ist problemorientiert. Sie fordert zur Auseinandersetzung mit Fragen auf, die sich in unserer Mediengesellschaft im Zusammenhang mit Wahlen stellen.



Karikatur: Thomas Plafmann

Arbeitsblatt A: Lösungen

Entscheiden Sie bitte, ob die gestellte Aufgabe in Einzel- oder Teamarbeit gelöst werden soll.

■ **Fehler 1** ■ Tagungsort des Bundestages ist die Bundeshauptstadt Berlin. In Bonn tagte der Deutsche Bundestag vom 7.9.1949 bis 1.7.1999. Aufgrund des Umzugsbeschlusses von 1991 nahm der Bundestag am 7.9.1999 seine regelmäßige Parlamentsarbeit im erneuerten Gebäude des einstigen Deutschen Reichstages in Berlin auf.

■ **Fehler 2** ■ Präsident♂ des Bundestages ist der Bundestagspräsident♂, ein Abgeordneter♂, der nach parlamentarischem Brauch von der stärksten Fraktion gestellt wird. Der Bundespräsident♂ ist das deutsche Staatsoberhaupt. Er♂ wird von der Bundesversammlung gewählt (vgl. Art. 54 GG).

■ **Fehler 3** ■ Wahlberechtigt (aktives Wahlrecht) und wählbar (passives Wahlrecht) sind alle Deutschen, die volljährig sind. Die Volljährigkeit wird mit Vollendung des 18. (früher 21.) Lebensjahres erreicht. Spezialitäten (Wahlrechtsbeschränkungen durch Richterspruch bzw. im Betreuungsfall; Wahlrecht der im Ausland lebenden Deutschen u.a.) siehe → www.bundestag.de (> Parlament > Rechtliche Grundlagen > Bundeswahlgesetz)

■ **Fehler 4** ■ Der Nachweis von Lese- und Schreibkenntnissen ist nicht erforderlich.

■ **Fehler 5** ■ Soweit Schüler♂ die Voraussetzungen für das passive Wahlrecht erfüllen (s.o.), sind sie selbstverständlich auch in den Bundestag wählbar.

■ **Fehler 6** ■ Öffentliche Stimmabgabe lässt die Bundeswahlordnung (→ www.bundestag.de [> Parlament > Rechtliche Grundlagen > Bundeswahlordnung]) nicht zu. Der öffentlich gekennzeichnete Wahlzettel ist ungültig. Diese Bestimmung soll verhindern, dass Wähler♂ unter Druck gesetzt werden, ihre Stimme in einer bestimmten Weise abzugeben und dies auch öffentlich nachzuweisen. Diktaturen propagieren öffentliche Stimmabgabe. Wer bei den gelenkten Wahlen in der DDR eine Wahlkabine aufsuchte, machte sich bereits verdächtig.

■ **Fehler 7** ■ Wahlentscheidend ist die Zweitstimme. Dies betont weiter unten der Schülertext noch einmal ausdrücklich. Trotz jahrzehntelanger Aufklärungsbemühungen stellen Demoskopien weiterhin breite Unkenntnis über unser Wahlsystem fest. Häufigstes Missverständnis: Erststimme wird assoziiert mit 1. Wahl = beste Qualität, also wichtigste Stimme; Zweitstimme = 2. Wahl = mindere Qualität.

Die Beschreibung im Schülertext, in welcher Weise die Parlamentssitze zugeteilt werden, könnte durch ein Beispiel ergänzt werden:

→ Erst- und Zweitstimme: Ein Beispiel

Partei A hat nach Auszählung der Zweitstimmen Anspruch auf 120 Sitze im Bundestag. In 40 Wahlkreisen hat bereits ein Bewerber♂ der Partei A gesiegt und das Direktmandat errungen. Partei A kann also noch 80 Kandidaten♂, die auf ihren Listen standen, in den Bundestag entsenden (vereinfacht dargestellt).

Aus Gründen der didaktischen Reduktion sind im Schüler-
text verschiedene Sonderregelungen des Wahlrechts nicht
eigens dargestellt. Es sind dies insbesondere:

→ Besonderheiten des Bundes-Wahlrechts

■ **1** ■ Eine Partei, die nicht mindestens 5 % der Zweitstimmen
im Bundesgebiet erhalten hat, wird bei der Sitzverteilung nicht
berücksichtigt. Ausnahme: Die Partei hat mindestens drei Direkt-
mandate errungen. Diese Regelung soll einer Zersplitterung der
politischen Kräfte im Bundestag vorbeugen, die – wie in der
Weimarer Republik geschehen – eine Regierungsbildung extrem
erschweren kann.

■ **2** ■ Direkt gewonnene Mandate gehen nicht verloren. Wenn
eine Partei in den Wahlkreisen mehr Direktmandate errungen hat,
als ihr nach dem Zweitstimmenanteil eigentlich zustehen, dann
behält sie diese Mandate trotzdem als so genannte Überhang-
mandate. Die Zahl der Abgeordneten im Bundestag erhöht sich
entsprechend. Hat eine Partei weniger als drei Direktmandate
errungen, so bleiben auch ihr diese Mandate im Bundestag
erhalten. Die so gewählten Abgeordneten haben dann allerdings
keinen Fraktionsstatus.

■ **Fehler 8** ■ Stimmensplitting kann durchaus sinnvoll sein
und wird zunehmend beliebter. Es wird von strategisch den-
kenden Wählern genutzt, die einer Parteienkonstellation
zur Mehrheit verhelfen wollen, die vor der Wahl ihre Koali-
tionsabsicht verkündet hat (z.B. Rot-Grün/Schwarz-Gelb).
Sie wählen mit der Erststimme den vermeintlich aussichts-
reicheren Kandidaten der größeren Partei und mit der
Zweitstimme den angesagten späteren Koalitionspartner.
Dadurch gewinnen größere Parteien ein Übergewicht an
Erststimmen, was zu vermehrten Überhangmandaten führen
kann. Diese verstärken dann die Mehrheit im Parlament.

■ **Fehler 9** ■ In der repräsentativen Demokratie der
Bundesrepublik Deutschland sind Abgeordnete an „Aufträge
und Weisungen nicht gebunden“ (Art. 38 GG), sie besitzen
ein freies, kein imperatives Mandat, sind also nicht einfach
Briefträger des Wählerwillens. Gleichwohl werden sie die-
sen – schon im Interesse der eigenen Wiederwahl – während
ihrer Abgeordnetenzeit nicht aus dem Auge verlieren.

■ **Fehler 10** ■ Rückruf einzelner Abgeordneter ist ausge-
schlossen. Lediglich der Bundestag insgesamt kann vor Ab-
lauf seiner vierjährigen Amtszeit aufgelöst werden, wenn der
Bundeskanzler im Parlament bei einer Vertrauensfrage
keine Mehrheit bekommt, daraufhin dem Bundespräsi-
denten die Auflösung des Bundestages vorschlägt und
dieser dem Vorschlag folgt (Art. 68 GG). Zu einer solchen
vorzeitigen Auflösung des Bundestages durch den Bundes-
präsidenten kam es 1972, 1983 und 2005.

Arbeitsblatt B: Zusatzinformationen

■ **Text 1** ■ Oswald ist Soziologie-Professor in Potsdam, Kuhn
sein wissenschaftlicher Mitarbeiter. Sie kommentieren die abge-
druckte Tabelle wie folgt: „Die herausragende Rolle der Massen-
medien im Prozess politischer Meinungsbildung ist empirisch gut
belegt. In vielen Untersuchungen, in denen Jugendliche direkt
gefragt wurden, durch wen oder von was sie in ihren politischen
Meinungen am meisten beeinflusst wurden, stehen Massenmedien
an vorderster Stelle, persönliche Kontakte rangieren dagegen
eher weiter hinten. Wie muss man sich den Einfluss, den die
Jugendlichen selbst den Massenmedien einräumen, vorstellen?
Die Hypothese einer kausalen Beeinflussung im Sinne von Mani-
pulation oder Indoktrination ist empirisch nicht haltbar. Der Einfluss
der Massenmedien auf die Jugendlichen ist vielmehr dadurch
begrenzt, dass sie sich vor der Wahl mit vielen Informationsquellen
aktiv auseinandersetzen.“ (ebda, S. 21f.) Interessant ist der hohe
Einfluss, der dem Unterricht in der Schule und der geringe, der
direkter Wahlwerbung zugemessen wird. Den Schülern sei
empfohlen, sich anhand der Originalprodukte der politischen
Parteien (Wahlprogramm; Grundsatzprogramm) ein eigenes
politisches Urteil zu bilden.

■ **Text 2** ■ Aus einer Rezension des genannten Buches (*Verlag
Karl Alber, Freiburg 2005*). Kepplinger, Schüler und später enger
Mitarbeiter von Elisabeth Noelle-Neumann (Institut für Demoskopie
Allensbach), ist Professor für Empirische Kommunikationswissen-
schaft an der Universität Mainz, Maurer sein Assistent. Seine
Ergebnisse müssen unter dem Gesichtspunkt der knappen Mehr-
heiten gesehen werden, die in Deutschland Wahlen entscheiden.
Bei 49,3 Millionen abgegebenen gültigen Zweitstimmen betrug
2002 der Stimmvorsprung für Schröder (SPD plus Bündnis 90/
Grüne) gegenüber Stoiber (CDU/CSU plus FDP) lediglich 1,17 %.
Die aber reichten für den Sieg aus. Hier könnte auch der Begriff
„Wechselwähler“ eingeführt werden, auf die sich die Haupt-
anstrengungen der Wahlkämpfer richten. Im Gegensatz zu den
Stammwählern haben sie keine festen Bindungen an eine be-
stimmte Partei, entscheiden sich oft erst im letzten Moment und
geben dann den Ausschlag. Bei einer Umfrage von infratest-
dimap vom Juni 2005 gaben 30% der Männer und 26% der
Frauen an, mal die eine und mal die andere Partei zu wählen.

■ **Text 3** ■ kann als Differenzierung der bisherigen Aussagen
verstanden werden. Weischenberg geht im Text noch weiter,
spricht von „Mythen“ und schreibt: „Im Lichte der vorliegenden
empirischen Befunde gibt es wenig Hinweise für starke Medien-
wirkungen auf die Wahlentscheidung; nicht einmal ein direkter
Einfluss auf die Wahlbeteiligung ist nachweisbar.“

■ **Text 4** ■ ist insofern von Interesse, als vor der Wahl der CDU-
Kandidat Rüttgers gerade nicht als besonders medienwirksamer
Wahlkämpfer wahrgenommen wurde und in dieser Beziehung
eher sein Gegenkandidat, Ministerpräsident Steinbrück (SPD),
im Vorteil zu sein schien.

Eckart Thurich

♀ steht für die männliche und weibliche Form des vorangehenden Begriffs

Bundestagswahl 2005

Liebe Leserin, lieber Leser,

fühlen Sie sich für eine Viertelstunde zum Lehrer♂ ernannt. Ihre Aufgabe: Korrigieren Sie den Aufsatz, den ein mittelmäßiger Schüler♂ zum Thema „Bundestagswahl“ abgegeben hat.

Markieren Sie bitte, was darin inhaltlich falsch ist (um die Rechtschreibung sollen Sie sich hier einmal nicht kümmern). Nummerieren Sie den Fehler. Unten notieren Sie dann bitte zur entsprechenden Ziffer das Richtige.

Sie haben 10 Fehler gefunden – 100 Punkte!

→ Was ich von der Bundestagswahl weiß (Fehlersuche)

- (A) Am 18. September 2005 werden die 598 Mitglieder des Deutschen Bundestages neu gewählt. Ihre Mehrheit wird bestimmen, wo es in Deutschland in den nächsten vier Jahren politisch lang gehen soll. Tagungsort des Bundestages ist Bonn. An seiner Spitze steht der Bundespräsident♂.
- (B) Wahlberechtigt ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, mindestens 21 Jahre alt ist und lesen und schreiben kann. Wer wählen darf, kann auch selbst in den Bundestag gewählt werden, allerdings nicht, wenn er♂ noch Schüler♂ ist.
- (C) Die Wahl ist geheim. Im Wahllokal muss also eine Wahlkabine vorhanden sein, in der man unbeobachtet seinen Stimmzettel ausfüllen kann. Man kann aber genau so gut auch öffentlich wählen.
- (D) Jeder Wahlberechtigte♂ hat bei der Bundestagswahl zwei Stimmen, die Erststimme und die Zweitstimme. Entscheidend für den Wahlausgang ist die Erststimme.
- (E) Das Wahlsystem funktioniert so: Deutschland ist in 299 Wahlkreise eingeteilt. Mit der Erststimme wird in jedem Wahlkreis jeweils ein Kandidat♂ gewählt, insgesamt also 299. Gewählt ist, wer von allen Bewerbern♂ im Wahlkreis die meisten Stimmen bekommen hat. Die Stimmen, die für die anderen Kandidaten♂ abgegeben wurden, fallen unter den Tisch.
- (F) Für die Wahl mit der Zweitstimme präsentiert jede Partei eigene Namenslisten. Darauf sind diejenigen verzeichnet, die die Partei gerne als Abgeordnete in den Bundestag schicken würde. Die Wähler♂ kreuzen die Partei an, deren Wahlprogramm ihnen am besten gefällt. Nach der Wahl werden die Bundestagssitze den einzelnen Parteien zugeteilt, und zwar entsprechend dem Ergebnis der Zweitstimmen. Der Partei, die 30% der Zweitstimmen im gesamten Bundesgebiet erhalten hat, stehen 30% Prozent der 598 Sitze im Bundestag zu, der Partei mit 20% Zweitstimmen 20% der Sitze usw.. Die Sitze, die eine Partei bereits mit der Erststimme erhalten hat, werden darauf angerechnet. Die Zweitstimme entscheidet also über die Stärke einer Partei im Bundestag und damit über den Wahlausgang.
- (G) Es ist erlaubt, die Erststimme für Partei A und die Zweitstimme für Partei B abzugeben. Dieses so genannte Stimmen-splitting hat aber eigentlich keinen Sinn.
- (H) Die gewählten Abgeordneten müssen sich nach der Wahl streng an das halten, was ihre Wähler♂ wollen und z.B. in Meinungsumfragen äußern. Sonst können sie vorzeitig abgewählt werden.

Fehler	1	Richtig ist:	
Fehler	2	Richtig ist:	
Fehler	3	Richtig ist:	
Fehler	4	Richtig ist:	
Fehler	5	Richtig ist:	
Fehler	6	Richtig ist:	
Fehler	7	Richtig ist:	
Fehler	8	Richtig ist:	
Fehler	9	Richtig ist:	
Fehler	10	Richtig ist:	

Eckart Thurich

♂ steht für die männliche und weibliche Form des vorangehenden Begriffs

Bundestagswahlkampf – die ultimative Show in der Mediendemokratie?

Talk-Shows sind – wie der Name sagt – Schau-Veranstaltungen zur Unterhaltung. Den Politikern♂, die sich dort in Schaukämpfen beharken, geht es meist weniger um Problemlösung als um Selbstdarstellung. Gilt Gleiches auch für den Bundestagswahlkampf: Viel Show, viel Inszenierung – wenig Inhalt? Hat Spiegel-Redakteur Markus Feldkirchen Recht: „Früher war Politik Weltanschauung, heute Entertainment“? Bestimmt in dieser schönen Medienwelt dann auch das Fernsehen, wer und was gewählt wird? Von der Demokratie zur Mediokratie? Wie urteilen Sie, wenn Sie die folgenden Texte gelesen haben?

1 „Was hat Ihre Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl beeinflusst?“

Angaben von Erstwählern (18 bis knapp 22 Jahre) auf einer Skala 1–5

Nachrichtensendungen im Fernsehen	3,36	Gespräche mit Mitschülern/Kollegen	2,44
Politische Nachrichten in Tageszeitung	3,24	Gespräche mit festem Freund	2,39
Politische Magazinsendungen im Fernsehen	3,02	Gespräche mit bestem Freund	2,38
Unterricht über politische Themen	2,91	Wahlwerbung im Fernsehen	2,05
Nachrichtensendungen im Radio	2,80	Plakate der Parteien	2,02
Gespräche mit Vater	2,66	Gespräche mit Verwandten über Politik	1,82
Gespräche mit Mutter	2,48	Wahlwerbung im Radio	1,76
Gespräche mit Freunden	2,47		

Hans Oswald/Hans-Peter Kuhn: Erstwähler in den neuen Bundesländern. Aus Politik und Zeitgeschichte B 15/2003. 7.4. 2003, S. 21

Was sagt die Tabelle aus? Versuchen Sie, Ihren Eindruck in höchstens drei Sätzen zusammenzufassen.

Könnten die Aussagen der Erstwähler♂ auch für Ihre eigene politische Meinungsbildung zutreffen?

2 Beobachtungen zum Wahlkampf 2002

Auch im Wahlkampf 2002 wie schon vier Jahre vorher wurde (im Fernsehen) Schröder (Kanzlerkandidat der SPD) wesentlich positiver dargestellt als seine Gegenkandidaten. Gleichzeitig erschien die SPD in einem günstigeren Licht als die Unionsparteien. (...) Die Sympathien wurden von den Wählern deutlich stärker gewichtet als die Sachkompetenz. Obwohl Stoiber (Kanzlerkandidat der CDU/CSU) eine größere Befähigung zur Lösung der anstehenden Probleme (...) zugetraut wurde, konnte Schröder mehr Wähler für sich gewinnen. So wurde emotional (gefühlsmäßig) entschieden, nicht rational (vernunftmäßig). (...) Die Beobachtung, dass Sympathiewerte mehr bewirken als das Urteil über die Sachkompetenz, wird sich verallgemeinern lassen. (...) Das wird auf die Karrieren zurückwirken. Die besten Aussichten auf eine Führungsposition werden diejenigen haben, die sich im Fernsehen am besten darstellen können. (...) Einige hundert Journalisten entscheiden offensichtlich darüber, was Millionen von Wählern erfahren und wie sie es erfahren. So verlagert sich die Macht zunehmend von den Parteien zu den Medien, vor allem in den Nachrichtenredaktionen der Fernsehanstalten.

Hans Fenske: Gefühl und Glotze. Wie Fernsehnachrichten das Verhalten der Wähler bestimmen. Besprechung einer Langzeitstudie der Kommunikationswissenschaftler Kepplinger und Maurer: Abschied vom rationalen Wähler. Warum Wahlen im Fernsehen entschieden werden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.5. 2005

3 Überschätzt

Geradezu ein Artefakt (künstlich erzeugtes Produkt) stellt die seit der Bundestagswahl 1976 gebetsmühlenartig vorgetragene Behauptung dar, das Fernsehen sei wahlentscheidend. Wahrscheinlich überschätzen die (Wahlkampf-) Strategen die politischen Wirkungen der TV-Berichterstattung im Vergleich zur Printpresse erheblich.

Journalistik-Professor Siegfried Weischenberg, in: Das Parlament, 3./10.3. 2003

4 NRW-Landtagswahlkampf-Auswertung 2005

Für den Wahlsieg der CDU war nicht der Kandidat Jürgen Rüttgers entscheidend, sondern das inhaltliche Angebot der Union, so die Analyse der Demoskopien (Meinungsforscher) von Infratest-dimap. (...) Für 45 % der Wähler in Nordrhein-Westfalen stand bei ihrer Wahlentscheidung das inhaltliche Angebot der Partei im Vordergrund. (...) CDU-Spitzenkandidat Rüttgers war für das Unionsvotum kaum relevant. Lediglich jeder zehnte CDU-Wähler (elf Prozent) wurde unmittelbar durch den Spitzenkandidaten mobilisiert.

DIE WELT, 24.5. 2005

Werten Sie die Texte 2–4 aus. Wo sehen Sie Widersprüche?

Was können Sie für sich tun, um fernsehgesteuerter Meinungsbildung zu entkommen?